

**Niederschrift**

**über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen  
am 13.03.2018**

**um 17:00 Uhr bis 19:08 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Kleiner Sitzungssaal**

Anwesend sind:

**Vorsitz**

Herr Lothar Sill

**Stellvertretender Vorsitz**

Herr David Schichel

von 17.20 bis 18.55 Uhr

**Ratsmitglieder**

Herr Björn Gottschalk

bis 19.00 Uhr

Herr André Hüsgen

für Herrn Pohl

Herr Kai Kaltwasser

für Herrn Schmitz, ab 18.10 Uhr

Herr Lothar Krebs

Frau Tanja Kreimendahl

Herr Alexander Schmidt

**Sachkundige Bürger/innen**

Frau Erika Acker

Herr Jonathan Brützel

Herr Josef Peter Hilger

Frau Corinna Hindrichs

Herr Gerd Langenohl

für Herrn Schabla

Herr Yannick Plasberg

Frau Dorothea Schlächter

Frau Ursula Wilberg

**Sachkundige Einwohner/innen**

Herr José Ramón Álvarez Orzáez

ab 17.10 Uhr

Herr Axel Behrend

Frau Ursula Durach

**Vom Beirat für die Gleichstellung der Menschen mit Behinderung**

Frau Annette Potthoff

**Beigeordneter**

Herr Thomas Neuhaus

**Von der Verwaltung**

Herr Domingo Estrany Dreßler

Herr Dr. Frank Neveling

Frau Claudia Schwarzweller

Herr Carsten Thies

**Schriftführer/in**

Frau Silke Eller

Entschuldigt fehlen:

**Ratsmitglieder**

Herr Norbert Schmitz

## Tagesordnung

### **I. Öffentlich**

- |              |         |   |
|--------------|---------|---|
| <b>1</b>     |         | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung   |
| <b>2</b>     |         | Niederschrift über die Sitzung vom 16.01.2018   |
| <b>3</b>     |         | Sachstandsbericht Projekt MOSAIK  |
| <b>4</b>     | 15/4611 | Bericht zur Zielerreichung: Trilaterale Zielvereinbarung 2017   |
| <b>5</b>     |         | Berichte aus den Beiräten   |
| <b>6</b>     |         | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung   |
| <b>6.1</b>   | 15/4508 | Neubesetzung Fachdienst, Jugend, Soziales und Wohnen<br>- Anfrage der CDU-Fraktion  |
| <b>6.1.1</b> | 15/4603 | Beantwortung der CDU-Anfrage vom 30.01.18 "Neubesetzung Fachdienst Jugend, Soziales und Wohnen"   |
| <b>7</b>     |         | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung   |
| <b>7.1</b>   | 15/4503 | Antwort auf die Fragen zur Mitteilungsvorlage 15/4308 zur Evaluation der Gesundheitskarte für Flüchtlinge (eGK)   |
| <b>7.2</b>   | 15/4525 | Wohnungslosigkeit und Obdachlosenhilfe in Remscheid - Anfrage der Ratsgruppe der W.i.R. vom 11.01.2018<br>Stellungnahme der Verwaltung                            |
| <b>7.3</b>   | 15/4560 | Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion: "Wohnungslosigkeit: Wie groß ist das Problem in Remscheid?" vom 16.11.2017   |
| <b>7.4</b>   | 15/4591 | Beantwortung der Anfrage der Fraktionen und Gruppen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und W.i.R. vom 08.02.2018 zur Entwicklung von Wohnbauflächen in Remscheid |
| <b>7.5</b>   | 15/4624 | Sozialmonitoring, 4. Quartal 2017   |
| <b>7.6</b>   | 15/4658 | Haus Dresen, Antwort auf die Frage von Herrn Krebs  |
| <b>8</b>     |         | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung                                     |
| <b>9</b>     |         | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung   |

- 10** Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 10.1** 15/4677 Handlungskonzept für den Bereich Jugend und Soziales erstellen
- 10.2** 15/4687 Zahlung Unterhaltsvorschuss beschleunigen - Antrag der SPD-Fraktion
- 11** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 11.1** Beratung von Vorlagen - Anfrage von Herrn Brützel

## **I. Öffentlich**

### **1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung**

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der Sachkundige Bürger Gerd Langenohl verpflichtet.

Es liegen drei Nachträge und eine Tischvorlage vor. Der Vorsitzende schlägt vor, diese wie folgt in die Tagesordnung aufzunehmen:

- 4** DS 15/4611 Bericht zur Zielerreichung: Trilaterale Zielvereinbarung 2017
- 7.6** DS 15/4658 Haus Dresen, Antwort auf die Frage von Herrn Krebs
- 10.1** DS 15/4677 Handlungskonzept für den Bereich Jugend und Soziales erstellen
- 10.2** DS 15/4687 Zahlung Unterhaltsvorschuss beschleunigen - Antrag der SPD-Fraktion.

Frau Kreimendahl und Herr Krebs beantragen, wegen Beratungsbedarf in den Fraktionen die Drucksachen 15/4677 und 15/4687 bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.

Herr Sill lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja 14 Nein 0 Enthaltungen 0

### **Beschluss:**

Die Nachträge und Tischvorlagen werden wie folgt in die Tagesordnung aufgenommen:

- 4** 15/4611 Bericht zur Zielerreichung: Trilaterale Zielvereinbarung 2017
- 7.6** 15/4658 Haus Dresen, Antwort auf die Frage von Herrn Krebs
- 10.1** 15/4677 Handlungskonzept für den Bereich Jugend und Soziales erstellen
- 10.2** 15/4687 Zahlung Unterhaltsvorschuss beschleunigen - Antrag der SPD-Fraktion

Die Beratung über die Tagesordnungspunkte 10.1 und 10.2 wird zurückgestellt.

### **2. Niederschrift über die Sitzung vom 16.01.2018**

Es werden keine Änderungen oder Ergänzungen beantragt.

### 3. Sachstandsbericht Projekt MOSAIK

Frau Sternkopf und Herr Fragemann geben einen Überblick über den aktuellen Sachstand.

Ziel des Projektes „Modellhafte Strategien zur integrierten und kultursensiblen Bestandsentwicklung (MOSAIK) ist es, in vier ausgesuchten Quartieren in Remscheid (Hohenhagen, Hasenberg, Honsberg und Rosenhügel) herauszufinden, warum das Zusammenleben der unterschiedlichen Anwohnergruppen gut funktioniert und basierend auf dem Ergebnis Strategien für das Zusammenleben in anderen Quartieren zu entwickeln. Derzeit befindet sich das Projekt noch in der Erhebungsphase. Am Beispiel des Quartiers Hohenhagen wird vorgestellt, welche Daten u. a. erhoben werden (z. B. wer besucht welche Ärzte oder Kindertageseinrichtungen). Basierend auf einer ersten Auswertung der ermittelten Daten wurden zwei Cluster festgestellt, in die sich die Bewohner grob einteilen lassen: alt, deutsch, teure Wohnlage – jung, Migrationshintergrund, einfache Wohnlage.

Frau Kreimendahl fragt nach, was mit den Ergebnissen der Befragungen passieren soll.

Frau Sternkopf erklärt, dass anhand der Ergebnisse mit den Akteuren vor Ort Strategien und Handlungskonzepte für ein Zusammenleben entwickelt werden sollen.

Frau Durach weist darauf hin, dass es bereits Projekte in Klausen und am Rosenhügel gegeben hat, auf die man zurückgreifen kann.

Herr Schmidt möchte wissen, wann mit ersten Strategien zu rechnen ist. Herr Fragemann teilt mit, dass nach Abschluss der Erhebungen erste Handlungsempfehlungen voraussichtlich Ende 2019 gegeben werden können.

Herr Krebs ist der Ansicht, dass für die Quartiersentwicklung Fragen der Infrastruktur besonders wichtig sind, z. B. im Zusammenhang mit dem Bau von Kindertageseinrichtungen oder der Ansiedlung von Ärzten. Der Ausschuss für Stadtentwicklung sollte daher maßgeblich beteiligt werden. Außerdem ist es wichtig, die Bürger einzubinden. Beig. Neuhaus teilt mit, dass die Bürger bereits durch Workshops in den Quartieren beteiligt werden. Frau Durach erinnert an den demografischen Wandel und bittet darum, bei der Planung auch eine gute Anbindung an den ÖPNV und Einkaufsmöglichkeiten vor Ort zu berücksichtigen.

Herr Schichel sieht in dem Projekt die Basis für die spätere politische Arbeit. Die politischen Gremien müssen sich nach Abschluss der Datenerhebung mit den Ergebnissen auseinandersetzen und Ziele entwickeln.

Aufgrund der regen Diskussion und der vielen Nachfragen schlägt Beig. Neuhaus vor, für interessierte Ausschussmitglieder einen Workshop zum Thema anzubieten, zu dem auch die Projektbetreuer der TU Dortmund eingeladen werden sollen.

Frau Kreimendahl bittet darum, die Präsentation auch in den Bezirksvertretungen und im Stadtentwicklungsausschuss vorzustellen.

Die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage** beigefügt.

#### **4. Bericht zur Zielerreichung: Trilaterale Zielvereinbarung 2017 Vorlage: 15/4611**

Beig. Neuhaus ist sehr erfreut über die Zielerreichung im Bereich des SGB II in 2017. Er bedankt sich bei Herrn Faust und den Mitarbeitern des Jobcenters. Eine Einsparung bei den Transferleistungen in Höhe von 3,853 Millionen Euro im Vergleich zum Budgetrahmen macht deutlich, dass entsprechend viele Personen durch gute Beratung, Qualifizierung und Vermittlung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gebracht werden konnten und damit der Bedarf an Leistungen im Bereich Heizen und Wohnen weggefallen ist. Beig. Neuhaus ist mit dem Ergebnis 2017 zufrieden.

Die Zielvereinbarung 2018 soll in der nächsten Sitzung vorgestellt werden.

Aus Sicht von Herrn Klebe von der Bundesagentur für Arbeit (BA) wurden die Ziele für 2017 trotz erschwerter Bedingungen (Personalfuktuation, beengte Raumsituation) erreicht. Darüber hinaus wurde die elektronische Akte eingeführt, alle Mitarbeiter der BA mussten entsprechend geschult werden. Im Vergleich mit anderen Städten steht Remscheid gut da, die gute Konjunkturlage macht sich positiv bemerkbar. Des Weiteren ist eine positive Entwicklung im Bereich Jugendarbeitslosigkeit zu verzeichnen.

Herr Faust sieht ebenfalls eine gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Auffällig ist jedoch, dass dieser in Remscheid ein frauenfeindlicher ist. Für eine bessere Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt sind u. a. dringend Betreuungsplätze für Kinder notwendig. Zum Thema Jugendberufsagentur berichtet Herr Faust, dass sich die Zusammenarbeit der Akteure gut gestaltet, auch wenn es bisher nicht gelungen ist, eine räumliche Zusammenlegung umzusetzen. Für das Jahr 2018 steht u. a. die Neugestaltung der Eingangszone an. Dort finden jährlich ca. 50.000 Erstkontakte statt.

#### **5. Berichte aus den Beiräten**

Frau Acker berichtet über die Sitzungen des Seniorenbeirates am 23. und 25. Januar. Schwerpunktthema in der Sitzung am 23.01. war der Umbau der Innenstadt und die Neugestaltung des Friedrich-Ebert-Platzes. Außerdem ging es um die Arbeit des Seniorenbüros. In der Sitzung am 25.01. ging es u. a. um automatische Türen im Allee-Center, Sitzbänke vor dem Teo Otto Theater, eine Treppe im Sportbad und öffentliche Toiletten.

Frau Potthoff berichtet über die letzte Sitzung des Beirates für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Da Herr Bobring von seinem Posten als Vorsitzender des Gremiums zurückgetreten ist, wurden Neuwahlen durchgeführt. Neue Vorsitzende ist Frau Friederike Pohl. Außerdem informiert Frau Potthoff über die Resolution des Beirates, mit der Verwaltung und Rat gebeten werden, diesem Beirat analog zu den anderen Beiräten ein eigenes Budget zur Verfügung zu stellen und wieder eine Stelle für einen Behindertenbeauftragten einzurichten.

**6. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung**

**6.1. Neubesetzung Fachdienst, Jugend, Soziales und Wohnen  
- Anfrage der CDU-Fraktion  
Vorlage: 15/4508**

Die Tagesordnungspunkte 6.1 und 6.1.1 werden zusammen behandelt.

Die Anfrage der CDU-Fraktion wird zur Kenntnis genommen.

**6.1.1. Beantwortung der CDU-Anfrage vom 30.01.18 "Neubesetzung Fachdienst Jugend, Soziales und Wohnen"  
Vorlage: 15/4603**

Zur Antwort auf die Frage 2 fragt Frau Kreimendahl nach, ob es bereits eine Weiterentwicklung gibt.

Beig. Neuhaus bestätigt das und teilt mit, dass eine Vorlage für die Sitzung des Rates im Mai 2018 geplant ist.

Von der Mitteilungsvorlage wird Kenntnis genommen.

**7. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung**

**7.1. Antwort auf die Fragen zur Mitteilungsvorlage 15/4308 zur Evaluation der Gesundheitskarte für Flüchtlinge (eGK)  
Vorlage: 15/4503**

Herr Schichel ist mit der Antwort der Verwaltung nicht zufrieden. Ihm geht es nicht nur um eine quantitative, sondern auch um eine qualitative Auswertung. Er bittet darum, einen Vertreter des Vereins BAF e. V. zur nächsten Sitzung einzuladen und sich über die Erfahrungen der ehrenamtlichen Begleiter der Flüchtlinge mit der eGK informieren zu lassen.

Beig. Neuhaus erklärt, dass der Nutzen u. a. darin liegt, dass sowohl für die Flüchtlinge als auch für deren Betreuer „kurze Wege“ geschaffen worden sind.

Frau Kreimendahl ist der Ansicht, dass der qualitative Nutzen der eGK offensichtlich ist und es keine weiteren Ausführungen dazu braucht. Sie bittet aber darum, nach Abschluss eines Abrechnungszeitraums die Zahlen der Barmer Ersatzkasse dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben.

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

**7.2. Wohnungslosigkeit und Obdachlosenhilfe in Remscheid - Anfrage der Ratsgruppe der W.i.R. vom 11.01.2018  
Stellungnahme der Verwaltung  
Vorlage: 15/4525**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.



**7.3. Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion: "Wohnungslosigkeit: Wie groß ist das Problem in Remscheid?" vom 16.11.2017  
Vorlage: 15/4560**

Frau Kreimendahl ist in der Vorlage auf Widersprüche gestoßen. So heißt es in der Antwort auf Frage 1, dass eine hohe Flexibilität des Wohnungsmarktes gegeben und es nicht erklärbar ist, warum eine Zunahme der Wohnungslosigkeit zu verzeichnen ist. Im Widerspruch dazu steht die Antwort auf Frage 4, in der erklärt wird, dass bezahlbarer Wohnraum nur unzureichend vorhanden ist. Sie fragt nach, wie steht die Verwaltung zu diesen Aussagen steht.

Beig. Neuhaus erklärt, dass tatsächlich beides gilt. Es gibt eine Leerstandsquote, aber Personen mit bestimmten Merkmalen finden dennoch keinen Wohnraum.

Herr Thies erklärt, dass es das Ziel des Fachdienstes Jugend, Soziales und Wohnen ist, bestehenden Wohnraum zu erhalten. Die Akquise von neuem Wohnraum für die betroffene Klientel wird immer schwieriger. Aber es muss in Remscheid niemand auf der Straße leben. Beig. Neuhaus ergänzt, dass es in Remscheid bisher keine sichtbare Obdachlosigkeit gibt.

Beig. Neuhaus erinnert an den Beschluss, am Aktionsprogramm gegen Wohnungslosigkeit des Landes NRW teilzunehmen. Inzwischen liegt eine Mitteilung vor, dass die Stadt Remscheid kurz vor der Bewilligung steht. Das Remscheider Model soll nochmal aufgefrischt werden und alle Strategien zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit überprüft werden.

Frau Kreimendahl bittet die Verwaltung im Zusammenhang mit der Beantwortung der Frage 7, in den zuständigen Fachausschüssen bzw. der Bezirksvertretung vorzustellen, für welche Maßnahmen die Ressourcen seit 2013 eingesetzt worden sind. Beig. Neuhaus wird die Nachfrage an das zuständige Dezernat weiterleiten.

Herr Behrend regt an, dass sich die Parteien im Bundestag für mehr Mieterschutz einsetzen sollen. Außerdem ist ihm in der Vorlage aufgefallen, dass offensichtlich selbst im sozialen Wohnungsbau Empfänger von Leistungen nach dem SGB II und SGB XII nicht mehr untergebracht werden können, da die Bemessungsgrenze, die von der Stadt Remscheid festgelegt wird, zu niedrig angesetzt ist.

Herr Estrany-Dreßler teilt mit, dass die Stadt Remscheid vor zwei Jahren die Erstellung des „Schlüssigen Konzeptes“ in Auftrag gegeben hat. Dieses wird alle zwei Jahre überprüft und fortgeschrieben. Mit einem Ergebnis wird für Juli/August 2018 gerechnet.

Herr Schmidt sieht das Problem, bezahlbaren Wohnraum zu finden, aufgrund steigender Mieten auch bei Personen am unteren Ende der mittleren Einkommensschicht und fragt nach, ob es dazu bei der Verwaltung Erkenntnisse gibt. Herr Estrany-Dreßler erklärt, dass das Schlüssige Konzept auch diesen Personenkreis betrachtet.

Herr Gottschalk fragt nach, was mit den Personen geschieht, die einen Platz in einem Wohnheim/einer betreuten Einrichtung benötigen, aber wegen Überfüllung dort nicht aufgenommen werden können. Er möchte wissen, ob die Stadt Remscheid Einfluss bei den Trägern dieser Einrichtungen nehmen kann, dass mehr Wohnheimplätze geschaffen werden.

Herr Thies berichtet, dass die Stadt Remscheid ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommt und Personen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind, unterbringt. Beig. Neuhaus ergänzt, dass das Problem bekannt ist, die Aufstockung von Wohnheimplätzen z. B. für Personen mit einer Suchtproblematik aber nicht zum Aufgabenspektrum der Verwaltung gehört. Er sagt zu,

den Landschaftsverband Rheinland als einen der Träger entsprechender Einrichtungen verstärkt in die Strategien zur Vermeidung von Wohnraumverlust einzubinden.

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

**7.4. Beantwortung der Anfrage der Fraktionen und Gruppen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und W.i.R. vom 08.02.2018 zur Entwicklung von Wohnbauflächen in Remscheid  
Vorlage: 15/4591**

Herr Krebs sieht die Hauptzuständigkeit im Bereich Stadtentwicklung und Bauen. Aber es gibt auch eine soziale Komponente. Ihm fehlen Handlungsanweisungen. Herr Krebs bittet den Beig. Neuhaus darum, dass Thema im Verwaltungsvorstand anzusprechen.

Beig. Neuhaus verweist auf die Zuständigkeit des Dezernates für Stadtentwicklung, Bauen und Wirtschaftsförderung.

**7.5. Sozialmonitoring, 4. Quartal 2017  
Vorlage: 15/4624**

Der Quartalsbericht wird zur Kenntnis genommen.

**7.6. Haus Dresen, Antwort auf die Frage von Herrn Krebs  
Vorlage: 15/4658**

Herr Krebs ist der Meinung, dass die Tatsache, dass sich bisher niemand der Bewohner beschwert hat, nicht der Maßstab sein kann.

Frau Kreimendahl ist mit der Antwort der Verwaltung ebenfalls unzufrieden. Sie bittet erneut darum, die Verträge zwischen Herrn Dresen und der Stadt Remscheid dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben.

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

**8. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine schriftlichen Berichte vor.

**9. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Vorschläge zur Tagesordnung vor.

**10. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung**

**10.1. Handlungskonzept für den Bereich Jugend und Soziales erstellen  
Vorlage: 15/4677**

Zurückgestellt (s. TOP 1).

**10.2. Zahlung Unterhaltsvorschuss beschleunigen - Antrag der SPD-Fraktion  
Vorlage: 15/4687**

Zurückgestellt (s. TOP 1).

**11. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung**

**11.1. Beratung von Vorlagen - Anfrage von Herrn Brützel**

Herr Brützel fragt nach, warum die Drucksache 15/4655 - Prüfauftrag Ausgliederung der städtischen Kindertageseinrichtungen aus dem Fachdienst Jugend, Soziales und Wohnen mit zwei Alternativen - nicht im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen behandelt wird.

Beig. Neuhaus erklärt, dass die Antragsteller die Gremien vorgeben, in denen der Antrag behandelt werden soll.

Da keine nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung.

gez. \_\_\_\_\_  
Lothar Sill  
Vorsitzender

gez. \_\_\_\_\_  
Silke Eller  
Schriftführerin